

Licht im Dunkeln

Too Lei und sein elf Jahre alter Elefant Ba Lei Shu arbeiten jetzt auch nachts. Denn seit Kurzem haben viele Haushalte in dem burmesischen Holzfällercamp zum ersten Mal Strom. Er wird über Solarzellen gewonnen und speist sparsame LED-Leuchten. 85 Prozent der ländlichen Bevölkerung in Burma leben noch immer ohne Elektrizität. Fehlender Strom zum Heizen, Kühlen, Lernen, Kochen und Arbeiten hemmt in vielen Ländern der Welt deren wirtschaftliche Entwicklung.

USA

Trump unter Druck

Der polarisierende Wahlkampf hat zu einer hohen Beteiligung bei der ersten Vorwahl in Iowa geführt. So gaben 186 000 republikanische Wähler ihre Stimme ab, fast 70 000 mehr als vor vier Jahren. Auch deshalb erwiesen sich viele Umfragen als ungewöhnlich ungenau. Die letzten neun Prognosen vor der Abstimmung hatten Donald Trump klar vor Ted Cruz gesehen. Doch am Ende siegte der Erzkonservative Cruz mit 27,6 zu 24,3 Prozent vor Trump. Während Trump eher klassische Nichtwähler mobilisieren konnte, überrannte das Cruz-Team Iowa mit einem Heer von Freiwilligen, die in allen 99 Landkreisen das evangelikale Milieu mobilisierten. Bei der Vorwahl am Dienstag in New Hampshire steht Trump nun unter Druck. Noch führt er in den Umfragen deutlich mit 33 Prozent vor Cruz (12 Prozent) und Rubio (11 Prozent). Cruz rechnet sich in New Hampshire keine großen Chancen aus, sondern baut darauf, spätestens bei den Vorwahlen in South Carolina am 20. Februar sowie in weiteren Südstaaten am 1. März, dem „Super Tuesday“, wieder punkten zu können. In New Hampshire könnte sich bereits entscheiden, wer der gemäßigte Gegenkandidat zu Cruz und Trump wird. Sollte Marco Rubio ähnlich stark wie in Iowa abschneiden (23,1 Prozent), liefe alles auf ihn zu; nach Iowa sicherte er sich nicht nur die Unterstützung des ausgeschiedenen Konkurrenten Rick Santorum, sondern auch die mehrerer potenter Großspender. Der Gouverneur von Ohio, John Kasich, hat bereits angekündigt, aus dem Rennen auszusteigen, sollte er selbst nicht im Spitzenfeld landen. Und mehrere Unterstützer des früheren Gouverneurs von Florida, Jeb Bush, haben signalisiert, im Fall einer Wahlniederlage Bushs das Lager wechseln zu wollen. In New Hampshire verteilen sich den Umfragen zufolge rund 40 Prozent der Stimmen auf gemäßigte Bewerber wie Rubio, Kasich, Bush und Chris Christie. Bei den Demokraten ist Hillary Clinton weiterhin die Favoritin, doch ihr hauchdünner Sieg über Bernie Sanders in Iowa gilt als Anzeichen dafür, dass sich das Rennen länger als erwartet hinziehen könnte. In New Hampshire liegt Sanders in den Umfragen mit 55 zu 39 Prozent klar vor Clinton. Auch die Finanzierung seiner Kampagne scheint gesichert: Allein in den 24 Stunden nach Iowa gingen bei Sanders mehr als drei Millionen Dollar an Spenden ein. hst



RUBEN SALGADO ESCUDERO

Fußnote

80 Kilometer

lang soll der zwischen Helsinki und Tallinn geplante Schnellbahntunnel unter der Ostsee werden. Er wäre damit der längste der Welt und würde die Passage von der finnischen in die estnische Hauptstadt von zwei Stunden auf ein halbe verkürzen. Das Bauwerk hat symbolische Bedeutung: Die Esten fühlen sich der russischen Bedrohung besonders ausgesetzt. Der Tunnel bindet sie stärker an den Westen.

Nordkorea

Der Klopapierkrieg

Derzeit provoziert Diktator Kim Jong Un die USA mit seinem Plan, noch in diesem Monat eine Rakete mit einem Satelliten in den Weltraum zu schießen. Der Start, angekündigt für den Zeitraum vom 8. bis zum 25. Februar, dürfte vor allem dazu dienen, eine Langstreckenrakete zu testen. Kim will das Drohpotenzial gegenüber der westlichen Großmacht erhöhen. Gegenüber Südkorea setzt er vergleichsweise altmodische Waffen ein: Fast täglich lässt Kim Luftballons über die Grenze fliegen und Flugblätter und Müll auf Seoul und Umgebung regnen. „Lasst uns die Übeltäter erledigen, die den Frieden zerstören und Spannungen anheizen!“, steht auf einem der Pamphlete. Es zeigt entstellte Gesichter von US-Präsident Barack Obama und der südkoreanischen Präsidentin Park Geun Hye. Auf anderen Flugblättern wird Park als „politischer Dreck“ geschmäht und auf einer Zeichnung kopfüber in eine Mülltonne gesteckt. Manchmal wirft der Norden sogar auch benutztes Toilettenpapier und Zigarettenkippen ab. Mit der schmutzigen Propaganda rächt Kim sich für die Attacken südkoreanischer Aktivisten, die regelmäßig Ballons mit Anti-Kim-Parolen über die Grenze am 38. Breitengrad schicken. Die Sicherheitsbehörden in Seoul bemühen sich derweil, die Bevölkerung im Süden zu beruhigen: Die Ballons aus dem Norden wiesen keine Spuren von bakteriologischen Waffen auf, ließen sie verkünden. ww



YONHAP / AFP

Nordkoreanische Flugblätter

Afghanistan

„An einem Tisch mit den Taliban“

Richard Olson, US-Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan, über die Fortschritte bei den Verhandlungen mit den Taliban, die im Juli 2015 aufgenommen wurden

SPIEGEL: Im vergangenen Jahr haben die Taliban Erfolge erzielt, zeitweise sogar Kunduz erobert. Gehen sie gestärkt in die geplante neue Gesprächsrunde?
Olson: 2015 war ein schwieriges Jahr, und das jetzige wird nicht einfacher werden. Wir haben erkannt, dass Kabul noch länger Hilfe brauchen wird. Deswegen werben wir in der Nato dafür, neben dem Training für die Armee, die Finanzhilfen für die Sicherheitskräfte von rund vier Milliarden Dollar pro Jahr bis 2020 zu verlängern.
SPIEGEL: Wie optimistisch sind Sie in Bezug auf einen Friedensschluss?
Olson: Unsere Rolle ist die eines Vermittlers, wir können alle Seiten nur an einen Tisch bringen. Am Ende liegt die Entscheidung bei den Taliban. Wollen sie aus ihrem Versteck zurück zu einer politischen Rolle in Afghanistan? Das allerdings wird nur gehen, wenn sie ihren Kampf gegen die Regierung aufgeben.
SPIEGEL: Was wird der Preis für einen Frieden sein?
Olson: Ich wäre ein schlechter Diplomat, wenn ich Zugeständnisse machen würde, bevor wir verhandeln. Wir teilen allerdings die Sicht der Kabuler Regierung, dass sich die Taliban von al-Qaida lösen, der Gewalt abschwören und die Verfassung anerkennen müssen.
SPIEGEL: Immer mehr Afghanen flüchten, 150 000 von ihnen wurden allein 2015 in Deutschland registriert.
Olson: Der Exodus ist nicht nur eine Frage der Sicherheit. Seit 2014 hat das Land einen wirtschaftlichen Abschwung erlebt, auch weil wir abgezogen sind. Die rund 100 000 dort stationierten US-Soldaten waren ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.
SPIEGEL: Wie kann man die Massenflucht stoppen?
Olson: Schnelle Lösungen wird es nicht geben. Nach Fortschritten seit 2001 machten sich viele Afghanen Hoffnungen, manche wurden in den letzten zwei Jahren nicht erfüllt. Wir müssen weiterhin intensiv mit Afghanistan zusammenarbeiten, um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und die Sicherheitssituation zu verbessern. mgb



REUTERS

Talibankämpfer in Herat